

Zartes Pflänzchen

Eine Tagung des Bundes jüdischer Soldaten

In der Armee des deutschen Kaiserreichs dienten während des Ersten Weltkriegs rund 100.000 jüdische Soldaten. 80.000 von ihnen kämpften an der Front, 35.000 wurden für Tapferkeit ausgezeichnet, und 12.000 starben auf deutscher Seite. Die Fundamente jüdischer Soldateneinheiten – Teil bürgerlicher Emanzipationsbestrebungen – in deutschen Streitkräften reichen bis in die Zeit der anti-napoleonischen Befreiungskriege. In Expertenkreisen längst bekannt, sind in der Öffentlichkeit die Überlieferungen jüdischer Soldatentumts kaum präsent.

Dieses Wissen aufzuhellen und an Traditionslinien anzuknüpfen, die während der Nazizeit durchtrennt wurden, hat sich der von einem Jahr unter Schirmherrschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes gegründete „Bund jüdischer Soldaten“ (BjS) auf die Fahnen geschrieben. Der Beiname „RjF“ („Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“) erinnert an die institutionellen Wurzeln: 1919/20 als Soldatenbund „zur Wahrung der Ehre des jüdischen Frontsoldaten“ gegründet, zählte der Zusammenschluss rund 40.000 Mitglieder, bis er sich 1938 auflöste. Als Traditionsnachfolgeverein des Reichsbundes begreift sich der BjS allerdings nicht – lediglich die Reflexion auf die Vergangenheit soll hergestellt werden.

Dies wurde bei seiner ersten Tagung am 18. und 19. November in Berlin deutlich. Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Zentralrat der Juden in Deutschland im Leo-Baeck-Haus ausgerichtet, betonte der BjS-Vorsitzende Michael Berger, Hauptmann am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, dass die rückhaltlos positive Resonanz der Bundeswehrführung die Richtigkeit der Gründung des ersten jüdischen Soldatenbundes nach 1938 bestätige. Nach vorsichtigen Schätzungen gibt es heute rund 200 jüdische Soldaten in der Bundeswehr.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, sieht in dem Umstand, dass junge deutsche Juden im Dienst in der Bundeswehr „keine unüberwindbare Hürde“ mehr sehen, ein „hoffnungsvolles Signal“. Nach Einschätzung von Oberstleutnant Gideon Römer-Hillebrecht diene der BjS künftig vor allem zur Identitätsfindung und Standortbestimmung von Juden in Deutschland, „weil wir uns mit dem Dienst klar positioniert haben“. Trotz mancher Vorbehalte spricht Römer-Hillebrecht der Bundeswehr sein Vertrauen aus: Selbst ein neo-orthodoxer Lebensstil sei mit dem Dienst vereinbar. Die Präsenz jüdischer Soldaten in den deutschen Streitkräften sei, so wiederum Berger, trotz aller Verdienste der Bundeswehr weiterhin ein „zartes Pflänzchen“, das „gepflegt werden“ müsse.

Anwesend war auch der erste offiziell registrierte jüdische Bundeswehrsoldat: Michael Fürst. Der heute 60-Jährige diene bereits 1966 als Fallschirmjäger. Für Fürst, Rechtsanwalt und Ehrenvorsitzender des BjS, war die Einberufung völlig normal. „Aufgewachsen bin ich als deutscher Jude, aber nicht vorrangig mit jüdischer Identität – so war das für mich eine Selbstverständlichkeit.“

Volker Schubert



Erinnerung an die Gefallenen: Rabbiner Ehrenberg auf dem Friedhof Berlin-Weißensee

Foto: dpa

Extrem gefordert

Warum die Annapolis-Friedenskonferenz zu scheitern droht

VON WLADIMIR STRUMINSKI

Zwischen einem Elefanten und dem für den kommenden Dienstag geplanten Friedentreffen von Annapolis gibt es einen grundlegenden Unterschied. Je mehr man sich einem Elefanten nähert, umso größer erscheint er. Mit der israelisch-arabischen Zusammenkunft in der beschaulichen Kleinstadt unweit Washingtons verhält es sich umgekehrt: Je näher sie rückt, umso mehr nimmt sie die Ausmaße einer Mücke an. Zwar ist die Liste der geladenen Gäste eindrucksvoll, von Israel und den Palästinensern, über Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien und andere arabische Staaten bis hin zur EU, Russland und sogar dem Vatikan. Doch liegt der zu erwartende politische Nutzen des Stelldicheins nahezu bei Null. Es ist nicht einmal sicher, dass sich die Israelis und Palästinenser auf eine gemeinsame Erklärung einigen können, und sei diese noch so vage.

Inzwischen sind die hochgestochenen Vorstellungen der Amerikaner – man muss sagen: wieder einmal – an der naböstlichen Realität zerschellt. Bei den israelisch-palästinensischen Verhandlungen über die gemeinsame, bei der Konferenz vorzulegende Erklärung kamen Premier Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas nicht voran. Die palästinensische Forderung, in Annapolis über Kernelemente des künftigen Friedensvertrags zu verhandeln – die Grenzen des palästinensischen Staates, die Teilung Jerusalems und die palästinensischen Flüchtlinge –, lehnte Israel strikt ab.

Für Olmerts Halsstarrigkeit gibt es Gründe. Nach einhelliger Expertenmeinung ist Abbas nicht einmal annähernd imstande, israelische Zugeständnisse mit der für den weiteren Fortgang des Friedensprozesses aus Jerusalemer Sicht unabdingbaren Eindämmung des Terrorismus zu belohnen. Das gilt nicht nur für die Hamas und den von ihr regierten Gazastreifen. Selbst über den militärischen Flügel seiner eigenen Fatah-Bewegung hat Abbas keine wirkliche Kontrolle. Anfang dieser Woche giftete Außenministerin Zippi Livni denn auch, die Palästinenser müssten ein Abkommen nicht nur aushandeln, sondern auch intern durchsetzen.

Unter diesen Umständen stoßen Zugeständnisse an die Palästinenser in Israel auf heftigen innenpolitischen Widerstand – und zwar nicht nur von Olmerts rechten Koalitionspartnern Schas und Israel Beiteanu. Auch der Vorsitzende der Arbeitspartei, Ehud Barak, mahnte, Israel dürfe in Annapolis seine Sicherheit nicht preisgeben. Im Klartext: Weitreichenden palästinensischen Forderungen, etwa der nach einer sofortigen Beendigung der israeli-



Von Jerusalem nach Annapolis: Am Montag haben Israels Premier Olmert (r.) und Palästinenserpräsident Abbas versucht, vor dem Treffen in den USA umstrittene Fragen zu klären.

Foto: dpa

chen Präsenz in Teilen des Westjordanlandes, dürfe der Premier nicht zustimmen.

Irreversibel drohten die Palästinenser während der Verhandlungen wiederholt, der Konferenz fernzubleiben. Um greifbare Resultate zu erzwingen, kündigten Saudi-Arabien und andere arabische Staaten an, lediglich ihre Washingtoner Botschaften zu der Konferenz zu entsenden. Daraufhin riss auch den Amerikanern der Geduldtsfad. Anfang dieser Woche erklärten sie, die Konferenz für diesen Fall verschoben zu wollen und zögerten mehr den Ver-

sand offizieller Einladungen bis Dienstag dieser Woche hinaus. Nach solchem Gezerre sind die Erwartungen an die Konferenz nahezu auf Null gesunken. Das Treffen, tröstete sich Israels Premier Olmert, könne dennoch gar nicht scheitern, weil er lediglich der Einstieg in wirkliche israelisch-palästinensische Verhandlungen sei. Aus israelischer Sicht ist der Aufschub schicklicher Entscheidung vielleicht richtig. Die Palästinenser haben es eiliger. Falls die Konferenz nicht zu den erwünschten Ergebnissen führe, heißt es bei der Fatah, stehe eine „dritte Intifada“ ins Haus.

Prügelknabe

Eine Konferenz in New York über Antisraelismus in der UNO

VON HANNES STEIN

Siebzig Prozent aller UNO-Resolutionen sind gegen Israel gerichtet. Die UNO-Konferenz „gegen Rassismus“ im südafrikanischen Durban 2001 geriet zu einer schamlosen Orgie des Antisemitismus, und weil es so schön war, wird jetzt gerade für 2009 eine zweite Durban-Konferenz vorbereitet.

Im vornehmen Millennium Plaza Hotel in New York fand letzten Sonntag eine ganz andere Konferenz statt: „Die Dämonisierung Israels durch die Vereinten Nationen“ – veranstaltet vom Hudson Institute, dem Touro College und der Association of Jewish Lawyers and Jurists. Die Höhle des zahllosen Löwen, das UNO-Hauptquartier, lag gleich nebenan. John Bolton, den es als dortiger Botschafter der Regierung Bush gerade mal 16 Monate gehalten hatte, schaute vormittags kurz vorbei und plauderte aus dem Nähkästchen: Israel sei häufig der Ersatz für Amerika, die UNO prügele mit ihren Resolutionen den zionistischen Sack und meine den amerikanischen Esel. Debatten der versammelten Staatsvertreter zu lauschen, sei meistens so spannend, wie Gras beim Wachsen zuzuhören – aber wenn Israel rhetorisch verdroschen wird, sei die Gaudi jedesmal groß. Im Übrigen

dachte Bolton laut über das israelische Bombardement jenes nicht näher definierter Ziels in Syrien vom 6. September nach. „Die Anlage, die Israel angriff, war eine Nuklearanlage“, sagte Bolton, und sie sei von Nordkorea geliefert worden. Es habe sich um ein iranisch-nordkoreanisches Joint Venture gehandelt: Die Mullahs zahlten, Pjöngjang lieferte das Material. Darum habe man Israel dieses eine Mal nicht von den Weltsechsern geliefert gerzert. Syrien sei die Sache peinlich gewesen, und den anderen arabischen Staaten sei die israelische Militäraktion gerade recht gekommen.

Ein besonders erlauchtes Organ ist der „Human Rights Council“ der UNO. Staaten, in denen die Menschenrechte de facto außer Kraft gesetzt sind, bemühen sich mit Macht, hier Mitglied zu werden, denn dann können sie von niemandem mehr belangt werden. Um den Blick der Weltöffentlichkeit von ihren eigenen Folterkellern abzulenken, weisen sie mit gerecktem Finger auf Israel. Keith Roderick, ein episkopaler Geistlicher, machte eine Begleitscheinung davon deutlich: Niemandem falle mehr auf, dass der Nahe Osten heute von Christen „gesäubert“ werde. Im Irak würden Christen Opfer sowohl der schiitischen Milizen als auch von Al Qaida. Im Gasa-

streifen werden die wenigen verbleibenden Christen gezwungen, Predigten über die Überlegenheit des Islam anzuhören. 1900 waren noch 20 Prozent der Bewohner des Nahen Ostens Christen, heute gerade mal zwei Prozent. Was sagen die Vereinten Nationen dazu? Nichts.

Seltsamerweise wollte Daniel Carmon, Israels UN-Botschafter, die Lage gar nicht so schwarz sehen: Mit der Generalsammlung sei für Juden nicht gut Kirchen essen, aber mit dem Büro des Generalsekretärs gebe es in pragmatischen Fragen eine Zusammenarbeit. Dieser Befund erinnerte ans christliche Mittelalter, wo die Juden direkt dem König unterstellt waren und nur hoffen konnten, dass er sie im Pogromfalle vor dem Mob schützen würde.

Am Ende der Konferenz dachte der erschöpfte Besucher an Shakespeares Shylock. Im Kaufmann von Venedig wird der Jude in einem Schauprozess von einem Richter, der süßlich von Gnade säuselt, nach und nach um alles gebracht – um seine Rache, seine Habe, seinen Glauben. Schließlich muss Shylock noch sagen: „I am content“, „Ich bin zufrieden“. Würde heute jemand dieses Stück zeitgemäß inszenieren, müsste über der Gerichtsszene riesengroß eine UNO-Flagge prangen.

Drum prüfe, ...

Zwei US-Politologen kämpfen in Berlin gegen die Israel-Lobby

VON INGO WAY

Die amerikanische Nahostpolitik wird von einer „Israel-Lobby“ bestimmt. Das meinen die US-Politologen John J. Mearsheimer und Stephen Walt. In ihrem gleichnamigen Zeitschriftenaufsatz, wenig später zu einem Buch ausgewagt (vgl. *Jüdische Allgemeine* vom 20. September), liefern sie die passende Immunisierungsstrategie gegen Kritik gleich mit: Wer die Israel-Lobby kritisiere, würde mit dem ungerechtfertigten Vorwurf des Antisemitismus bedacht.

Derzeit touren die beiden mit ihrem Buch durch deutsche Städte. Gastgeberin in Berlin war die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Dort wiederholten Walt und Mearsheimer ihre Kernthesen: Die Israel-Lobby, bestehend aus Aipac (American Israel Public Affairs Committee) und anderen jüdischen Organisationen, den Zeitschriften Weekly Standard und New Republic sowie den Neokonserwativen, habe die öffentliche Meinung in den USA fest im Griff; ausschließlich Israel und die Israel-Lobby seien die treibenden Kräfte hinter dem Irakkrieg gewesen; heute dringe die Lobby auf einen Krieg gegen den Iran; dieses nähre den Terrorismus und schade den amerikanischen Interessen, ebenso – wie die Autoren immer wieder betonen – denen Israels. Ihre Forderung: Amerika solle sein „special relationship“ mit Israel aufgeben und Israel als ein „normales Land“ behandeln.

Eine Rednerin aus dem Publikum fragt, was denn Normalität bedeuten solle, angesichts der ständigen Bedrohung, und wenn Israel nur dank amerikanischer Hilfe überleben könne? Dies kontert Walt, indem er die Bedrohungslage in Abrede stellt. Die Terrorangriffe seien keineswegs eine Gefährdung für Israels Existenz. Und Ahmadinedschad wolle Israel überhaupt nicht vernichten, das sei ein Übersetzungsfehler gewesen. Stalin und Mao hätten die Atombombe auch nicht eingesetzt, also werde Ahmadinedschad das auch nicht tun.

Sonst ist im Publikum vor allem Zufriedenheit zu spüren. Einige alte Diplomaten a.D. äußern zustimmend, sie hätten dem jeweiligen Außenminister ja schon immer gesagt, dass auch die deutschen Beziehungen zu Israel auf den Prüfstand müssten.

Kritik wird nur noch an dem Cover der deutschen Ausgabe geübt. „Das ist eindeutig antisemitisch“, sagt der Politologe Thomas Risse von der Freien Universität Berlin. Da deutsche Cover zeigt eine US-Flagge mit Davidsternen. Das gleiche grafische Element fand bereits für ein andere Buch Verwendung: die Nazi-Propagandaschrift *Kräfte hinter Roosevelt* von 1942. Diese Kritik kann Mearsheimer nicht nachvollziehen. Das Cover sei mit den Autoren abgesprochen, sie fanden es auch nach wie vor treffend, von dem Nazi-Buch hätten sie nichts gewusst, und die Ähnlichkeit sei reiner Zufall. Überhaupt sei das ja wieder mal ein Beleg für unangemessene Antisemitismuskritik.

Zurückziehen

Der Beirat der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat Anfang des Monats den Stiftungsrat der Stasi-Gedenkstätte einstimmig aufgefordert, den Namen Walter Linse für einen vorgesehenen Preis zurückzuziehen. Linse war 1952 im Auftrag der Stasi aus West-Berlin entführt, in der DDR zum Tode verurteilt und 1953 in Moskau hingerichtet worden (vgl. *JA* vom 2. August). Die Namenswahl erfuh heftige Kritik, weil Linse zwei historischen Studien zufolge während der Nazizeit sogenannte Arierisierungen durchgeführt hat (vgl. *JA* vom 11. Oktober). Jörg Kürschner, Vorsitzender des Fördervereins der Gedenkstätte Hohenschönhausen, teilt mit, dass der Förderverein beim Münchner Institut für Zeitgeschichte ein weiteres historisches Gutachten in Auftrag gegeben habe, das Aufschluss über die Rolle Walter Linses in der NS-Zeit geben soll. Ob der Name des Walter-Linse-Preises geändert werde, könne erst bei Vorliegen des Gutachtens entschieden werden. Damit sei wahrscheinlich noch in diesem Jahr zu rechnen, so Kürschner. iw